

Der deutsche Bundeskanzler Kohl dominiert in Amsterdam die Reform der Maastricht-Verträge.

Nach anderthalb Jahren und einer sehr langen Nacht haben sich die **fünfzehn EU-Staaten am 18.Juni** zu der schon lange fälligen Reform der Maastricht-Verträge durchgerungen. Der allgemeine Eindruck ist, dass es sich einmal mehr um ein **typisches Brüsseler Produkt voller Kompromisse**, viel deklamatorischer, dafür weniger substantieller Beschlüsse handelt. Vielleicht mit dem Akzent einer diesmal klar zu Tage tretenden deutschen Domination, gleich wie inbezug auf den EURO. Alles wesentliche wurde so gemacht, wie es Bundeskanzler Kohl wünschte. Deshalb bezeichnete er wohl auch **den Vertrag von Amsterdam** als einen "ausserordentlichen Erfolg".

In der Tat haben die Deutschen in allen Fragen, die sie besonders interessieren, ihren Willen durchgesetzt. Wirklich neu ist dabei die Generalklausel zur Flexibilität, welche nunmehr die seit Jahren von den Deutschen vertretene These eines **Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten** vorsieht. Danach können einige Mitgliedstaaten mit einer Reform vorangehen und eine "engere Zusammenarbeit begründen".

Gerade das ist es, was die Deutschen für ihre Hegemoniebestrebungen innerhalb der EU brauchen. Die anderen hätten nur noch die Möglichkeit, sich um einen **harten Kern unter deutscher Führung** zu satellisieren: Oder die Lösung eines Alleingangs "à la Suisse" zu wählen, wozu es aber für viele schon zu spät sein dürfte. Dieser Mechanismus der Flexibilität kann durch einen **qualifizierten Mehrheitsbeschluss** ausgelöst werden, was ganz im Sinne Kohls sein dürfte, bei einer Erweiterung der EU nicht durch die Kleinen und Neuankömmlingen, aber auch nicht durch einen oder anderen der Grösseren Mitglieder behindert zu werden..

Bei den **Institutionen** ist bei einer Erweiterung bis zu zwanzig Mitgliedern der EU die Frage der Vertretung in

der Kommission bis nach dem Jahr 2000 aufgeschoben worden. Zudem wären die Grossen nur bereit auf einen ihrer zwei Kommissare zu verzichten, wenn dies bei der Stimmgewichtung kompensiert wird. Klar, Deutschland als eines der wichtigsten Mitglieder mit mehr als 30% Anteil am Gesamtbudget der EU, hat gar kein Interesse daran, bei den nunmehr etwas, aber eher auf belanglosere Gebieten ausgedehnten Mehrheitsentscheide überstimmt zu werden.

Und in ganz wichtigen Fragen, wie die Aussen -und Steuerpolitik, Asylfragen und Fragen der inneren Sicherheit, hat Kohl die **Einstimmigkeit** durchgesetzt. Für die Europol in den Haag will der Rat erst in fünf Jahren mehr Kompetenzen beschliessen. Auch die Integration der Westeuropäischen Union wird aufgeschoben und durch "institutionelle Beziehungen" ersetzt. Dafür wird für die in Amsterdam irgendwie zu kurz gekommen gemeinsame **Aussenpolitik** eine dafür zuständige Behörde in Brüssel geschaffen, deren **Chef als "Mister Europe"** den Ministerrat nach aussen vertritt.

Inbezug auf die so sehr verlangte **Demokratisierung der EU** ist nicht viel geschehen: Dem europäischen Parlament sind zwar in 24 Bereichen sogenannte Mitentscheidungsrechte eingeräumt worden, aber nicht in wichtigen Fragen wie der Strukturfonds und auf jeden Fall kein selbständiges Kontrollrecht der Tätigkeit der Kommission oder sogar des Ministerrats. Also von der viel besprochenen **Trennung der Gewalten keine Spur**. Gesetzgeber und oberste Exekutive sind nach wie vor ein und dasselbe Organ, nämlich der Ministerrat, insbesondere auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Dafür wird die Stellung des Präsidenten der Kommission verstärkt, indem er disziplinarische Rechte gegenüber seinen Kollegen und die politische Führung erhält. Kein Wunder, weil Deutschland auf diese Weise noch mehr als bisher, die Kommission nicht nur über die wichtigen Kaderstellen und die mittlere Beamten- Stufe, sondern zusätzlich auf der höchsten Ebene unter seine Kontrolle bringen kann. Es ist bekannt, dass Kohl an diesen so aufgewerteten Posten entweder

einen Deutschen (wie der jetzige Vizepräsident Bangemann - inzwischen wegen finanziellen Unregelmässigkeiten "gegangen worden") oder dann den Vertreter eines kleinen, wirtschaftlich von Deutschland abhängigen Landes, wie Luxemburg gegenwärtig oder dann ein Grosser der EU, wie Italien oder Spanien, die Deutschland, besonders wirtschaftlich nahe stehen, setzen möchte. Aber auch mit einem Iren oder Finnen wären die Deutschen sicher zufrieden.

Bis zur Unterzeichnung im Herbst wird an dieser Reform noch einiges ausgeglättet werden, immer nach dem Prinzip Kohls (im Gegensatz zu seinem Finanzminister Theo Waigel) "sanft vorgehen und die anderen nicht vor den Kopf stossen", aber pickelhart in der Sache, natürlich stets in Richtung eines weiteren Ausbaus der deutschen Hegemonie - Stellung. Eine Entwicklung, der in Amsterdam sowohl Franzosen als auch die Briten irgendwie wehrlos zuschauen mussten.